

KURZFRISTIG ANBERAUMTER AUSTAUSCH

Miteinander statt übereinander sprechen

GdP-Landesvorsitzende Sabrina Kunz trifft Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Politikerinnen und Politiker müssen der Polizei den Rücken stärken und sich schützend vor sie stellen!

„Die Arbeit der Polizei genießt zu Recht ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Die Polizistinnen und Polizisten in Rheinland-Pfalz können sich auf die Unterstützung meiner Landesregierung und mir persönlich verlassen“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer nach ihrem Gespräch mit Sabrina Kunz.

Erstmal auf Anfang, was war passiert?

Im SWR3-Radio war am letzten Juliwochenende auszugsweise folgender Beitrag zu hören: „Rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer mahnt Polizei zu Deeskalation und Kommunikation.“ Hierauf gingen zahlreiche Nachfragen und Anmerkungen bei uns ein, ein Eindruck der Irritation stellte sich bei der GdP ein.

Die Aussage der Ministerpräsidentin hat zu großen Diskussionen innerhalb der rheinland-pfälzischen Polizei geführt, insbesondere weil es sich in der verkürzten Mediendarstellung wie eine Ermahnung an die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten anhörte, gegen die wir uns entschieden wehren. Die sprachliche Aufrüstung, die derzeit in den Neuen Medien betrieben wird, gefährdet das Klima und verunsichert zunehmend die Gesellschaft.



Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Sabrina Kunz bei der Pressekonferenz

Die Landeschefin der GdP, Sabrina Kunz, hat nach diesen Veröffentlichungen unmittelbar Kontakt zur Ministerpräsidentin aufgenommen und traf sich 28. Juli 2020 zu einem klärenden Gespräch. Bereits in einem Flugblatt zuvor hatte die Landesvorsitzende darauf hingewiesen, dass jetzt Schluss mit der sprachlichen Aufrüstung gegen die Polizei sein müsse.

Ergebnis?

Frau Dreyer schätzt die wichtige und manchmal schwierige Arbeit der Polizei, für Recht und Ordnung zu sorgen. „Unsere Polizei in Rheinland-Pfalz reagiert mit einer klaren Strategie aus Prävention, Deeskalation und Repression vollkommen angemessen auf die aktuellen Entwicklungen.“ Sie gehe vor Ort sehr umsichtig und vorbildlich mit der Situation um, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Gemahnt“

wurde im Übrigen von der Ministerpräsidentin nicht, ein Mitarbeiter des SWR umschrieb die Wortwahl wie folgt: „eine zulässige journalistische Übersetzung.“ Darüber lässt sich sicherlich auch diskutieren.

Die GdP erwartet, dass unsere Politikerinnen und Politiker der Polizei den Rücken stärken und sich schützend vor sie stellen. Zudem liegt es in der Verantwortung aller politischen Akteure, dafür zu sorgen, dass das Vertrauen in die Polizei nicht verloren geht. Über 80 % der Bevölkerung vertrauen aktuell ihrer Polizei und dieses Vertrauen gilt es weiter auszubauen. Zur Wahrheit gehört leider auch, dass es Menschen gibt, die überhaupt kein Interesse daran haben, mit der Polizei zu kommunizieren. Menschen, welche den Staat und die Polizei ablehnen. Diese Ablehnung äußert sich in Form von Respektlosigkeit, fehlender Kommunikation und Gewaltbereitschaft. „Angriffe auf die Polizei sind Angriffe auf die gesamte Gesellschaft und werden zu Recht hart bestraft“. so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Der zeitnahe Austausch mit der Ministerpräsidentin hat einen Beitrag dazu geleistet, den Irritationen abzuwehren. Es ist völlig klar, dass unsere Kollegen/-innen täglich jede Menge Arbeit und Mühe in deeskalierende Worte und Taten legen und es jetzt auch einmal verdienen, in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen zu können. Natürlich fordern wir von der Politik Unterstützung, Fürsorge, Wertschätzung und Rückendeckung für diesen anspruchsvollen Beruf.

JO

DP – Deutsche Polizei
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
stefanie.loth@gdp.de



Bindung an Recht und Gesetz ist unser Markenkern!

Interview mit dem Inspekteur der Polizei, Jürgen Schmitt

DP: Sehr geehrter Herr Schmitt, nach dem gewaltsamen Tod des Amerikaners Georg Floyd in den USA kommt es auch bei uns zu teils erheblichen Rassismussvorwürfen gegenüber der Polizei. Können die Geschehnisse in den USA ungefiltert auf die deutsche Polizei übertragen werden?

Schmitt: Ein Vergleich verbietet sich. Die wirklich schlimmen und menschenverachtenden Erfahrungen des Nationalsozialismus sind uns fortwährend präsent und wir setzen uns auch heute noch mit unserer Geschichte auseinander. So z. B. Anfang des Jahres im LKA bei der Veranstaltung „Vom Verfolger zum Beschützer“, in der wir u. a. mit einem Rabbiner, dem Vorsitzenden der Sinti und Roma sowie dem Vorsitzenden von „Queernet“ über Rolle und Aufgaben der Polizei diskutiert haben. Oder in der bemerkenswerten GdP-Veranstaltung Ende letzten Jahres im ehemaligen KZ in Osthofen, wo wir in einer Diskussion mit Experten verschiedener Bereiche die Rolle unserer Polizei beleuchteten. Im Ergebnis steht für mich fest, dass der „Markenkern“ unserer Bürgerpolizei die Bindung an Recht und Gesetz ist.

Nur in unserer Polizei ist im Innenverhältnis die Mitbestimmung über die Personalvertretungen so konsequent umgesetzt und unsere Kolleginnen und Kollegen sind umfassend in Gewerkschaften organisiert. Mit unseren vielfältigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern in den Bereichen Soziales, Gleichstellung oder für gleichgeschlechtliche Lebensweisen verdeutlichen wir unsere vielfältige und offene Polizei. Wir beschäftigen uns umfassend, nicht nur in der „Kommission Innere Füh-

rung“ (KIF) mit Führungsfragen, bearbeiten gemeinsam und mit wissenschaftlichen Ansprüchen die Themen, die uns bewegen. Beispielhaft sei hier in den letzten beiden Jahren das „Erscheinungsbild der Polizei“ und seit letztem Jahr der Themenkomplex „Werte und Einstellungen“ genannt. Unsere umfassende Hochschulausbildung mit einem Nachwuchs, der durch einen steigenden Anteil an Frauen sowie Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund gekennzeichnet ist, verdeutlicht unseren Anspruch an Bildung und Pluralismus und scheut keinen Vergleich mit anderen Polizeien weltweit.

DP: Gleichwohl ist die Polizei zunehmend dem Vorwurf eines latenten oder strukturellen Rassismus ausgesetzt. Was sagen Sie zu diesen Vorwürfen?

Schmitt: Ich bin der festen Überzeugung, dass wir kein strukturelles Problem mit Fremdenfeindlichkeit haben, uns aber Einzelfälle mahnen, das Thema ständig präsent zu haben. Wir sind mit unserer Polizei in ein umfassendes System der Beschwerdemöglichkeiten und der Kontrolle integriert: die individuelle Kennzeichnung unserer Einsatzkräfte, das „analoge“ und digitale Beschwerdemanagement basierend auf dem Petitionsrecht, die parlamentarische Kontrolle insbesondere im Innenausschuss, die Verantwortlichen für behördeninterne Ermittlungen, der Strafverfolgungszwang und die enge Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft sind in dieser unvollständigen Aufzählung wesentliche Bausteine. Im Übrigen: Als erstes und eines von nur drei Bundesländern verfügt Rheinland-Pfalz über eine



Inspekteur der Polizei, Jürgen Schmitt

tatsächlich unabhängige Beschwerdestelle, an die sich die Bürgerinnen und Bürger wenden können. Als Beauftragte des Landtages kann die Bürger- und Polizeibeauftragte von allen Behörden des Landes mündliche und schriftliche Auskünfte oder Akteneinsicht zu den eingereichten Beschwerden verlangen.

Dass nun gegenüber der Polizei im Rahmen der öffentlichen Debatte teilweise ein Generalverdacht formuliert wurde, stellt für mich eine mangelnde Wertschätzung



gegenüber der täglichen Arbeit aller Kolleginnen und Kollegen dar.

Allerdings erfahren wir auch Rückhalt. Mein Dank gilt insbesondere der Ministerpräsidentin, unserem Innenminister, der Bürgerbeauftragten sowie der Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, die in eigenen öffentlichen Statements unserer Polizei den Rücken gestärkt haben.

DP: Wie stehen Sie zu einer Studie zum Rassismus in der Polizei?

Schmitt: Es ist gut, dass es in Rheinland-Pfalz üblich ist, dass die Beteiligten miteinander reden. Daher begrüße ich, dass Innenminister Lewentz den HPR zu einem Gespräch nach den Sommerferien eingeladen hat, obwohl er eine Studie selbst für nicht zwingend notwendig erachtet. Er steht den Argumenten der Gewerkschaften offen gegenüber, sofern diese eine Studie als vertrauensbildende Maßnahme selbst einfordern.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an eine 1996 veröffentlichte Studie, die durch die Universitäten Trier und Münster durchgeführt wurde. Damals wurden Erfahrungen und Sichtweisen auch von rheinland-pfälzischen Polizei-beamtinnen und -beamten im Umgang mit ethnischen Minderheiten erfasst und umfassend ausgewertet. Seitdem hat sich vieles getan. Die KIF wurde gegründet, ein Leitbild entwickelt. Beides sollte auch zu einer weiteren Verbesserung des Miteinanders im Innenverhältnis und einer weitergehenden Bürgerorientierung führen. 2014 war Rheinland-Pfalz das erste Land, das mit der Landespolizei-beauftragten eine unabhängige Stelle eingeführt hat.

Ich möchte betonen, dass uns die Menschen nach meinem Eindruck nach nach wie vor umfassend vertrauen und möchte mich dafür bei unseren Polizistinnen und Polizisten von Schutz- und Kriminalpolizei für die engagierte Arbeit bedanken. Denn diese ist die Basis des Vertrauens, das wir uns auch künftig alltäglich aufs Neue erarbeiten müssen. Ich wünsche mir gerade in diesen schwierigen Zeiten deutlich mehr Sachlichkeit in der öffentlichen Diskussion.

DP: Ist das Einschreiten der Polizei nach Stuttgart und Frankfurt schwieriger geworden?

Schmitt: Wir werden weiterhin allen Menschen in unserem Land offen und hilfsbereit begegnen. Unser „Markenkern“ ist die Bindung an Recht und Gesetz. Müssen wir zur Gefahrenabwehr oder Kriminalitätsbekämpfung einschreiten, tun wir dies in gewohnter Manier. Hierbei machen wir keinen Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, da das jeweilige Verhalten des Gegenübers für unser Handeln maßgeblich ist. Grundsätzlich geht die rheinland-pfälzische Polizei deeskalierend vor und setzt auf Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern. Das macht die rheinland-pfälzische Polizei aus. Allerdings findet Kommunikation dort ihre Grenzen, wo sie auf gewaltbereite und den Dialog mit der Polizei ablehnende Zielgruppen trifft. In diesen Fällen werden wir weiterhin konsequent die erforderlichen präventiven und repressiven Maßnahmen treffen. Diese Vorgehensweise ist in unseren Dienstvorschriften verankert und entspricht auch den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Insoweit besteht hier auch kein Widerspruch zwischen Konsequenz und Stringenz einerseits und Deeskalation auf der anderen Seite, im Gegenteil, dies ergänzt sich.

DP: Lassen Sie uns noch einmal die weltweit andauernde Corona-Pandemie reflektieren. Wie bereitet sich die rheinland-pfälzische Polizei auf eine mögliche „zweite Welle“ vor?

Schmitt: Ich bin seit 47 Jahren Polizist und habe eine solche Lage noch nicht erlebt. Hinzu kommt, dass wir noch keine Erfahrungen mit einer solchen Einsatzlage hatten. Das Virus ist unsichtbar, nicht greifbar, beherrscht aber alle Lebenslagen. Wir sind als Polizistinnen und Polizisten, Mütter und Familienväter, Freunde, gleichermaßen betroffen und diese Betroffenheit findet im und nach dem Dienst statt. Daneben ist bislang kein Ende abzusehen, weshalb wir uns bereits Gedanken über eine mögliche zweite Welle machen müssen.

Als im Dezember 2019 die ersten Fälle in China bekannt wurden, hat wohl kaum jemand erahnen können, welchen Verlauf die Ausbreitung des bis dahin unbekanntes Coronavirus nehmen und welche Auswirkungen dies auf das gesellschaftli-

che Leben haben wird. Nachdem im März auch in Deutschland umfangreiche Maßnahmen des Infektionsschutzes erforderlich waren, haben wir auf Landesebene und innerhalb der Polizei unverzüglich reagiert: Wir haben – nur um einige Maßnahmen zu nennen – im MdI einen Lage- und Koordinierungsstab einberufen, den Dienstbetrieb auf Kohorten umgestellt, die regionalen Präsidien mit Kräften der Bereitschaftspolizei unterstützt, Schutzausrüstung bestellt und ausgeliefert, die Möglichkeiten des Homeoffice umfassend verbessert und Risikopersonen weitgehend vom Präsenzdienst freigestellt. Dadurch konnten wir den Dienstbetrieb ohne größere Einschränkungen aufrechterhalten und waren durchgängig handlungsfähig. Und diese polizeiliche Präsenz, die wir gezeigt haben, war für die Menschen äußerst wichtig: „Wir waren für sie da, damit sie zu Hause bleiben konnten.“

Ich bin sehr stolz auf unsere Polizei, denn nahezu ein jeder hat den Ernst der Lage erkannt und die Abstands- und Hygieneregeln eingehalten. Wir registrierten bei mehr als 10.000 Beschäftigten gerade einmal 73 Infektionen in unserer Polizei, glücklicherweise ohne einen gravierenden Verlauf.

Es muss aber jedem einzelnen auch bewusst sein, dass wir diese Pandemie keinesfalls überwunden haben. Die Entwicklungen in den USA, Indien und Brasilien verdeutlichen uns die immense Gefahr und auch in Europa berichten nahezu alle Staaten aufgrund der Urlaubssituation von steigenden Infektionsraten. Deswegen appelliere ich an jeden Einzelnen in unserer Polizei, auch weiterhin diese gebotene Vorsicht jederzeit walten zu lassen, Abstände einzuhalten und die Hygieneregeln strikt zu beachten. Die Funktionsfähigkeit der Polizei muss oberste Priorität genießen.

Unsere bislang getroffenen Maßnahmen werden derzeit umfangreich in unserem Land, aber auch im Abgleich mit den Maßnahmen anderer Bundesländer evaluiert. Zeitnah werden wir in Besprechungen mit allen Beteiligten unsere Planungen diskutieren, um für den Fall der Fälle gewappnet zu sein.

DP: Vielen Dank, Herr Schmitt, für Ihre Ausführungen.



„Wir verwehren uns gegen die ehrverletzende Behauptung der latenten Fremdenfeindlichkeit bei deutschen Sicherheitskräften.“

GEBALLTE ERFAHRUNG MELDET SICH ZU WORT: ABDRUCK EINES LESERBRIEFS

Zur Aussage der SPD-Vorsitzenden Eskens: „latente Fremdenfeindlichkeit in der Polizei“

In einem medienwirksamen Auftritt kommentiert Frau Eskens die verwerflichen Vorgänge, die zum Tode des US-Amerikaners Georg Floyd geführt haben.

Dieses unmenschliche, strafrechtlich relevante Vorgehen der handelnden Polizisten nimmt sie zum Anlass zu behaupten, dass auch bei deutschen Sicherheitskräften latente Fremdenfeindlichkeit anzutreffen sei.

Gegen diese ehrverletzende Behauptung verwehren wir uns als ehemalige Führungskräfte der rheinland-pfälzischen Polizei für die Polizei. Die aktuelle Forsa-Umfrage belegt im Übrigen das Vertrauen in die Polizei: Institutionen-Ranking: Ärzte und Polizei auf den ersten Plätzen. „Der Polizei zu unterstellen, sie habe ein größeres Problem mit Rassismus als andere Lebensbereiche, ist falsch und setzt die mehr als 300.000 Polizisten in Deutschland einem ungerechtfertigten Generalverdacht aus“, kommentiert ihr SPD-Genosse und niedersächsi-

sche Innenminister Pistorius, wie viele andere Politiker, die Aussage.

Zum Hintergrund:

Rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und -beamte leisten ihren Eid auf die Landesverfassung und das Grundgesetz. Sie werden in ihrem sechssemestrigen Studium im Hinblick auf eine neutrale Amtsführung vorbereitet. Leitbild und Führungsgrundsätze sind weitere Orientierungsrichtlinien. Breiten Raum nehmen die Ausbildung- und Weiterbildungsschwerpunkte „interkulturelle Kompetenz“ ein. Auch die Einstellung von Polizeibewerbern aus anderen Kulturkreisen belegt, dass Interkulturalität auch gelebt wird. Die Polizeipräsidien pflegen engen Kontakt mit den jüdischen und muslimischen Gemeinden sowie zu den Ausländerbeiräten der Kommunen. Die rheinland-pfälzischen Innenminister in unserer Dienstzeit Zuber, Bruch und Lewentz (SPD) haben größten

Wert auf diese wertorientierte Ausbildung und Amtsausübung gelegt. Gibt es Tendenzen oder gar Vorfälle, die diesen ethischen Vorgaben zuwiderlaufen, greifen die Instrumente des Disziplinar- bzw. Strafrechts. Auch der Beauftragte für die Polizei beim Bürgerbeauftragten achtet als unabhängige Stelle auf die Einhaltung der Rechtsvorschriften. Im Übrigen unterliegt polizeiliches Handeln und Verhalten der Prüfung unabhängiger Gerichte, es sei denn, Frau Eskens würde auch hier latente Fremdenfeindlichkeit unterstellen!

Werner Blatt,

Inspekteur der Polizei a. D.

Horst Eckhardt,

Polizeipräsident a. D. Koblenz

Wolfgang Fromm,

Polizeipräsident a. D. Koblenz

Karl-Heinz Weber,

Polizeipräsident a. D. Mainz

PERSÖNLICHER RÜCKBLICK

Mitglied in einer starken Gewerkschaft sein

Der Tod von Heinz Blatt hat mich wieder an meine Einstellung bei der Polizei und meinen Eintritt in die GdP erinnert.

Es war Januar 1955, als uns der Zugführer darüber unterrichtete, dass wir jetzt nicht mehr der Bürger XY seien, sondern ein „Polizeibeamter“, der sich in Auftreten und Haltung vorbildlich verhalten und sich mit Äußerungen in der Öffentlichkeit zurückhalten soll, Neutralität und Objektivität unser Handeln bestimmen müsse. Dazu passte, dass die bisher kommunale Polizei 1954 der Dienstaufsicht des Landes unterstellt wurde, um von Landräten und Bürgermeistern unabhängig zu sein. Unser Ziel war daher, die Unabhängigkeit zu bewahren.

So kam es, dass ich erst im Februar 1956 von Hans Meier für die GdP angesprochen wurde. Zu dieser Zeit war die ÖTV noch stark vertreten. Deshalb ist es sicher interessant, warum ich mich für die GdP entschieden habe.

Es waren die Schutzmannsfrauen im preußischen Berlin, die für ihre Männer, die nicht demonstrieren durften, auf die Straße gingen, um Verbesserungen für die Polizei zu erwirken. Es galt, eine unabhängige „Spezialgewerkschaft“ für die Polizei zu gründen. So fühlte auch ich mich jetzt aufgefordert, nicht der ÖTV (DGB) beizutreten, sondern der GdP, die nur die Polizei vertritt. Und, dass eine Gewerkschaft erforderlich ist, habe ich in meiner langen Zugehörigkeit erfahren. Alles was wir erreicht haben, Besoldung, Laufbahn, Beförderung, Dienstzeit, Ausstattung, Ausbildung usw. mussten schwer erkämpft werden.

Deswegen plädiere ich dafür, dass möglichst alle Angehörigen im Polizeibereich Mitglied in der GdP werden. Die Durchsetzung der Forderungen ist nur mit einer zahlenmäßig starken, einheitlich agierenden und finanziell gesicherten Organisation möglich.

Darum fordere ich hiermit auch die Mitglieder aus dem Beamtenbund und der Kriminalpolizei auf, sich uns anzuschließen. Sie profitieren ja auch von den Ergebnissen. So wie wir einen AK Schutzpolizei haben, so ist auch eine Interessenvertretung durch einen AK Kriminalpolizei möglich.

Aus demselben Grund fordere ich auch die jungen Kolleginnen und Kollegen auf, der GdP beizutreten, auch wenn sie jetzt vielleicht erstmals Geld verdienen und eine notwendige Bindung an die Gewerkschaft noch nicht erkennen können. Die Tatsache, dass sie diese Ausbildung und Besoldung erhalten, ist das Ergebnis gewerkschaftlichen Einsatzes.

Warum denke ich dabei gerade an Heinz Blatt? Ich war nach 1957 als Kassierer 1958/59 Vorsitzender der GdP in der 2. Hu. geworden und habe mit Heinz Blatt und später auch mit Manfred Michel die GdP in Koblenz stark gemacht, sodass bei Versetzungen nach Mainz die GdP auch dort verstärkt wurde.

Solidarität ist zielführend!

Harry Zeuner



Von links nach rechts zu sehen sind hier im Bistro nach getaner Arbeit das Ehepaar Knebel, Guido Scherer (Vorstandsmitglied des Freundeskreis und Bürgermeister der Gemeinde Büchenbeuren), Axel Gräff und Friedel Durben (Leiter der Hochschule) sowie dessen Ehefrau Andrea Durben.



Vorfahrt für Campuskultur

Neue Ausstattung des Bistros Tatort durch Freundeskreis

Es wird immer unterschiedliche Auffassungen darüber geben, wie die Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz vom Land ausgestattet werden sollte und was über das Notwendige hinaus auch noch angebracht wäre, um Studium, Lehre und Aufenthalt „auf dem Hahn“ noch besser und nachhaltiger zu gestalten und zu fördern. Deshalb kümmert sich der Freundeskreis auch um die Dinge, die nicht unbedingt sein müssen, von vielen aber gewünscht werden und für die man sich gemeinsam in unterschiedlicher Form engagieren sollte.

Mit diesem Verständnis hat er in den letzten Jahren eine Schutzhütte am Grillplatz der Hochschule errichten lassen, mit Studierenden einen Calisthenics-Parcours zur körperlichen Ertüchtigung aufgestellt, mit der Hochschulgemeinde um das Gelände der Hochschule drei Laufstrecken ausgeschildert, die von Ehrenamtlichen aus Büchenbeuren gepflegt werden, einen Schutzboden für die kleine Sporthalle beschafft, damit Studierende dort größere Feiern durchführen können, hat die farbliche Neugestaltung des Bistros der Hochschule ermöglicht und finanziert seit August letzten Jahres auf Wunsch der Studierenden Sky-Sport, um das Bistro attraktiver zu gestalten. Dies alles war nicht unbedingt notwendig. Es ist aber nicht mehr hinwegzudenken und hat die Hochschule attraktiver gemacht und Einfluss auf die Campuskultur genommen, was dem Freundeskreis ein wichtiges Anliegen ist und weshalb er auch jedes Jahr den Preis für Campuskultur verleiht, mit dem Personen ausgezeichnet werden, die sich in herausragender Weise ehrenamtlich für das Leben, Lehren und Lernen auf dem Campus eingesetzt und verdient gemacht haben.

Auch das Bistro der Polizeihochschule gestaltet die Campuskultur, weil es das Betreiberhepaar in den letzten zehn Jahren zum „Tatort“ der Begegnungen, des gemüthlichen Beisammenseins, des sich Wohlfühlens und damit zum sozialen Mittelpunkt für alle gemacht hat, die sich an der Hochschule der Polizei aufhalten. Mit ihrer zugewandten Art, mit Verständnis und viel Zeit für die

Anliegen aller vor allem aber die Anliegen und Interessen, aber auch die Sorgen und Nöte der Studierenden, haben Jürgen und Eva Knebel mit ihrem Bistro die Herzen der Studierenden erobert.

Vor diesem Hintergrund entstand die Idee, das Bistro gemeinsam weiterzuentwickeln, damit dort zukünftig auch Kino-, kleinere Bühnen-, allgemeine Hochschul- und auch Lehrveranstaltungen mit Bewirtung für bis zu 100 Personen stattfinden können. Das Gesamtkonzept abrunden sollte die Erneuerung des in die Jahre gekommenen Fußbodens und eine Neuausstattung mit angemessener Technik. Ein dicker Brocken wäre mit einem solchen Projekt zu schultern, darüber waren sich alle Beteiligten einig, nachdem Gespräche mit Experten vom Pro-Winzokino in Simmern gezeigt hatten, dass sich das Bistro gut als Multifunktionsraum eignen würde und mit entsprechender Ausstattung dort neben der üblichen Bewirtung ein Campuskino in Selbstverwaltung betrieben werden könnte. Nachdem die Mitgliederversammlung einem solchen Vorschlag im November 2019 zugestimmt hatte, begannen die Planungen und Verhandlungen.

Und dann kam Corona mit dem Lockdown bzw. Shutdown und deren Auswirkungen auf die Hochschule: kein Studienbetrieb auf dem Campus, keine Fortbildung und das Bistro geschlossen. Ideale Bedingungen, um dessen Umgestaltung als konzertierte Aktion kurzfristig in Angriff zu nehmen: Der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung erneuert den sichtbar in die Jahre gekommenen Fußboden, die Hochschule stellt die erforderliche Technik zur Verfügung und der Freundeskreis finanziert für fast 30.000 Euro die Möbel und stellt diese den Besuchern des Bistros kostenfrei zur Nutzung zur Verfügung, was dank eines Kredits und einer Spende der Kreissparkasse des Rhein-Hunsrück-Kreises möglich gemacht wurde.

Am ersten Juniwochenende war es dann endlich

soweit: Freitags wurden eine ganze Lkw-Ladung gut verpackter Möbelteile geliefert, die von ehrenamtlichen Helfern gemeinsam mit dem Ehepaar Knebel samstags aufgebaut und aufgestellt wurden.

Die ersten Reaktionen zu dem neu ausgestatteten Bistro der Hochschule sind positiv, was die Aussage einer Kollegin stellvertretend und treffend ausdrückt: „Es ist wirklich sehr schön geworden! Ein Raum zum Wohlfühlen. Ansprechende, harmonische Farben. Auch der Bodenbelag wirkt frisch, ein guter, unaufdringlicher Kontrast zu den dunkelbraunen Möbeln mit den täuschend echt wirkenden ‚Holztischen‘.“

Auch wenn wegen der Corona-Pandemie derzeit noch keine Kinoveranstaltungen im Bistro Tatort Hahn möglich sind, die räumlichen und technischen Voraussetzungen dafür sind geschaffen. Und zwischenzeitlich besteht auf Empfehlung des dem ASTA der Universität Trier angehörenden Campuskino bereits Kontakt mit der „MPLC Deutschland GmbH“, die Vorführungsrechte für Kinofilme für den nichtgewerblichen Bereich lizenziert. Diese Firma vertritt das Repertoire von vielen Filmstudios. Dazu gehören z. B. Columbia Pictures, Paramount, Twentieth Century Fox. Mit einer MPLC-Repertoirelizenz könnte der Freundeskreis die darin enthaltenen (Tausenden) Filmformate beliebig oft und ohne Berichterstattungspflicht im Bistro vorführen lassen. Die Lizenzgebühren würden ungefähr den Betrag ausmachen, den der Freundeskreis derzeit als soziale Einrichtung für den Empfang von Sky Sport aufbringt.

Sollten sich die Mitgliederzahlen beim Freundeskreis auch weiterhin positiv entwickeln und es den Wünschen der Studierenden und der Hochschule gerecht werden, dann wäre der Erwerb einer solchen Repertoirelizenz auch auf Dauer finanzierbar und es könnten im „Bistro Tatort Hahn“ ohne Eintritt zu verlangen von Studierenden oder dem Personal der Hochschule ausgewählte Kinofilme gezeigt werden.

Bis es soweit ist, müssen allerdings noch einige Gespräche geführt und Verträge geschlossen werden – und vor allem muss es möglich sein, die Sitzkapazitäten des „neuen“ Bistros auch nutzen zu dürfen.

Ernfried Groh





Aus dem Hauptpersonalrat (HPRP)

Folgende Themen wurden per Umlaufverfahren in der Augustsitzung des Hauptpersonalrates behandelt:

Berichte

Gewalt gegen Polizeibeamte

Die Arbeitsgruppe hat in ihrer Sitzung Anfang Juli beschlossen, die einzelnen Themenpakete Zentrale Koordinatoren/Behördeninterne Ermittlungen, Kümmerer/Behördenlotse, Lagebild und IT/Interne Öffentlichkeitsarbeit in Unterarbeitsgruppen zu bearbeiten.

Zudem soll das Erhebungsraster der G2P-Datei überarbeitet werden, erste Vorschläge wurden bereits in einem Workshop gesammelt. Ziel soll eine zeitgemäße Plattform zur Lagedarstellung sein. In der Planung befindet sich ein Symposium „Gewalt gegen Rettungskräfte“, welches im Jahr 2021 durchgeführt werden soll.

Sitzung der AG MIT (Mehrfach- und Intensivtäter)

Ebenfalls Anfang des Monats Juli fand die Sitzung der AG MIT statt. Mit dem Ziel einer verstärkten strategischen Ausrichtung auf Mehrfach- und Intensivtäter soll die Strafverfolgung effektiver betrieben werden. In der Sit-

zung wurden die Sachstände, aktuelle Zahlen, aber auch Problemstellungen dargestellt.

Versetzungsverfahren Oktober 2020

Seit 2016 sieht ein Rundschreiben des Mdi vor, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte die Zuordnung zu ihrem Einstellungspräsidium nur über das Wechselverfahren ändern können. Dem Hauptpersonalrat lag in der Augustsitzung das Wechselverfahren für den Oktober 2020 vor. In der aktuellen Vorlage konnten fast alle Wünsche der Beamtinnen und Beamten berücksichtigt werden.

Änderung der Gewahrsamsordnung

In der Hauptsache musste die Gewahrsamsordnung aufgrund einer EU-Richtlinie geändert werden. Demnach muss die Polizei sicherstellen, dass Personen unter 18 Jahren, denen die Freiheit entzogen wurde, das Recht auf eine unverzügliche medizinische Untersuchung haben. Im Zuge der Überarbeitung wurden durch den HPRP weitere Punkte in der Gewahrsamsordnung festgestellt, die in der Zukunft einer Überarbeitung notwendig erscheinen lassen, allen voran geht es dem HPRP dabei um eine bessere Praktikabilität bei der Durchführung von Ingewahrsamnahmen.

Verlängerung des Pilotprojekts Strafverfolgung von Mehrfach- und Intensivtättern (MIT)

Durch technische Verzögerungen und die Corona-Pandemie konnte das Projekt noch nicht wie geplant zum Abschluss gebracht werden. Daher wurde durch das Ministerium die Verlängerung bis zum 30. September 2020 beantragt in der Hoffnung, dass diese Verlängerung zur Abarbeitung der Ziele des Projektes ausreichend sein wird.

Und zuletzt verabschiedete der Hauptpersonalrat Heinz Werner Gabler in den wohlverdienten Ruhestand. Über 20 Jahre war er im Vorstand des HPRP als stellvertretender Vorsitzender aktiv und zum absoluten Fachmann für beamtenrechtliche Maßnahmen aller Art, das Beförderungswesen, aber auch die Personalplanung aus Sicht der Personalvertretung u. v. m. geworden. Wir wünschen ihm im Ruhestand alles Gute!

Per Umlaufverfahren wird es hier gem. § 26 LPersVG zur Wahl des nachfolgenden stellvertretenden Vorstandsmitglieds kommen.

Sabrina Kunz 06131/16-3365
René Klemmer 06131/16-3378
Sven Hummel 06131/16-3380
Steffi Loth 06131/16-3379 oder /65-3040
Gabriele Schramm 06131/16-3381

Wir kümmern uns!

Corona-Visite im PP Westpfalz, eine Initiative des Personalrates!

Unter dem Motto „Wir kümmern uns“ haben wir alle Dienststellen im PP Westpfalz besucht, eine wirkliche Mammutaufgabe im Zeitraum vom 13. Mai bis 9. Juni.

„Wir“, das waren unsere Fachkraft für Arbeitssicherheit (FaSi), die Leiter von PV 2 und StB2 – dazu jeweils ein Mitglied des Personalrates.

Die jeweilige Kleindelegation arbeitete Hand in Hand, indem Andreas Zinßmeister (FaSi) die Einhaltung der Verhaltensregelung im Auge hatte, Markus Steinmetz aus Sicht des Stabsbereiches den Stand der technischen Vorkehrungen beäugte und Uwe

Jost für die Verwaltung, PV 2 dann besorgte, was alles so „fehlte“.

Besonders aber begrüßten die Mitarbeiter das persönliche Gespräch, das „Kümmern“, wo wir Personalräte auch auf Probleme ohne Corona-Bezug angesprochen wurden.

Tabellarisch wurden alle Anregungen festgehalten und natürlich auch kurzfristig realisiert. Insgesamt konnten weitere – über 40 – zusätzliche Plexiglasscheiben beschafft und aufgestellt werden, vornehmlich in Räumen, die als Vernehmungszimmer genutzt werden.

Noch fehlende Desinfektionsmittelspenden sind an von den Mitarbeitern bevorzugten Stellen angebracht worden und unzählige Reinigungstücher wurden zur Verfügung gestellt.

Eine rundum gelungene Aktion, in der



Foto: Werner Hilmer

Gut getrennt am Arbeitsplatz, da der Raum für Alternativen zu klein ist, sitzen die Kollegen Jens Paulus und David Giesler hier hinter Plexiglas.

die Personalräte mal wieder jede Dienststelle bis in den letzten Winkel kennengelernt haben und in der noch manche Mitarbeiter auch den Personalrat kennengelernt haben.

WH

Vorankündigung

Wir wagen es wieder!

Im Oktober 2020 starten wir zu einer 8 – 10-tägigen Gruppenreise nach Montenegro und Albanien. Natürlich nur dann, wenn wir bis zu diesem Zeitpunkt sicher sind, dass diese Länder keine Risikogebiete (Corona-Pandemie) mehr sind oder werden. Wenn Sie diese Deutsche Polizei in den Händen halten, ist der Flyer für diese Reise für Sie abrufbar unter den aufgeführten Nummern der Reisebüros. Sie können ihn aber auch bei mir direkt anfordern E-Mail-Adresse: wschmi@t-online.de

Ihr
Wolfgang Schmidt

Weitere Buchungsempfehlungen:



Altstadt Budva

**Falkensteiner Club
Funimation Katschberg******
Rennweg am Katschberg / Kärnten / Österreich
Z.B. am 10.10., 7 Nächte, Wiperson, im Doppelzimmer, Standard (DKO)

Preis p.P. ab
560,- EUR

- Spaß & Action im größten Familienclub der Alpen auf 1.600 m Höhe
- Modernisiertes Restaurant, neu gestaltetes Falky-Land & Falky Kinder-Wasserwelt
- Falky-Land: 1.000 m² große Kinderwelt für Spiel & Spaß für Kinder ab 3 Jahren
- Falky-Acqua-Welt mit Erlebniswasserbereich, Riesenrutsche mit Kletterkanal uvm.
- Acquapura SPA: 2.000 m² große Wellness- und Wasserwelt für ganzheitliche Entspannung
- Inklusive Katschberg Card mit zahlreichen Vergünstigungen vor Ort

Buchungshinweis:
FATV H FALAA56 DCOV

Venediger Lodge**s**
Neukirchen / Salzburger Land / Österreich
Z.B. am 01.10., 3 Nächte, HP, in der 2-Raum-Suite Wildalm (2RA)

Preis p.P. ab
214,- EUR

- Aparthotel im alpinen Lifestyle, ausgestattet mit viel Holz und natürlichen Materialien (im Herbst 2019 fertiggestellt)
- direkte Lage in der Wanderregion Wildkogel-Arena, perfekt für jeden Aktivurlauber
- für Ruhesuchende moderner Wellnessbereich mit Außenpool, Yoga, Pilates

Buchungshinweis:
FATV H FALAA05S 2RAH

TraveLeague AG - Unterrietstrasse 2a, CH-8152 Glattbrugg ZH - www.traveleague.net

**SCHWABENLAND
REISEN**

PSW REISEN
POLIZEIGEWÄRK - REISEN

Stuttgart-Fellbach
Eberhardstr. 30
70736 Fellbach
Tel.: 0711 / 57 88 186
Fax: 0711 / 57 99 12
info@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Eberdingen-Hochdorf
Frau Burger
Tel.: 07042 / 872 83 12
Fax: 07042 / 872 83 13
karinburger@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Saarbrücken
Frau Weaver
Tel.: 0681 / 933 120 57
Fax: 0681 / 933 120 59
sweaver@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Mainz
Frau Grün
Tel.: 06703 / 305 502
Fax: 0711 / 57 99 12
agruen@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Zentrale
Terminal 3, Reisemarkt
70629 Stuttgart Flughafen
Tel.: 0711 / 948 48 48
Fax: 0711 / 997 67 62
info@schwabenlandreisen.de
www.schwabenlandreisen.de



Geburtstage

70 Jahre

Dieter Pelz, KG PP Westpfalz
Hans-Werner Mohr, KG Rhein-Nahe
Herbert Lukas, KG PD Wittlich
Anna Maria Knewitz, KG PP/PD Mainz

75 Jahre

Wilfried Stein, KG PD Pirmasens

80 Jahre

Herbert Belling, KG PD Wittlich
Johanna Eleonore Klee, KG Neuwied/AK
Gerwin Spitzer, KG PP Westpfalz
Hans-Dieter Glutting, KG Vorderpfalz

85 Jahre

Philipp Bender, KG PD Pirmasens

Ruheständler

Reiner Hüttel, KG PD Kaiserslautern
Frank Krumbiegel, KG PP/PD Mainz
Wendalin Kirsch, KG PD Trier
Helmut Knerr,
KG PP ELT Enkenbach-Alsenborn
Manfred Adam, KG Vorderpfalz
Jürgen Schneider, KG PD Mayen

Wir trauern um unsere Mitglieder:

Johanna Uhl, 91 Jahre,
KG PD Kaiserslautern

Zur Steuerung und Koordinierung unserer Rechtsschutzanfragen haben wir eine neue zentrale E-Mail-Adresse eingerichtet, an die ihr bitte alle Rechtsschutzangelegenheiten und Anfragen leitet:

rechtsschutz@gdp-rlp.de

Der aktuelle Rechtsschutzantrag ist auf der Homepage abrufbar.

Ehrung zu 40 Jahre GdP-Mitgliedschaft

Für langjährige Gewerkschaftstreue in der GdP konnte die Kreisgruppe PD Kaiserslautern im Rahmen der jährlichen Mitgliederversammlungen auch im letzten Jahr etliche Mitglieder ehren. Manch-

men, wiederum denjenigen zu danken, die sich bei ihm bedankt haben „Wenn ihr mir sagt wo, geb' ich euch gern mal einen aus, Grillfleisch bring ich natürlich auch mit“, gesagt – getan: Anfang Juli wurde das ge-



Foto: Werner Hilmer

Gruppenbild stehend von links nach rechts: Sebastian Christmann, Werner Hilmer, Steffen Sandmeier, David Giesler und Peter Adler. Sitzend von links nach rechts: Uwe Leitheiser, Aline Raber und Jens Paulus

mal können aber nicht alle Jubilare teilnehmen, sodass diese nachträglich geehrt werden – so auch Steffen Sandmeier. Daher besuchten David Giesler und Sebastian Christmann den Kollegen Sandmeier in seiner Heimatdienststelle bei der PAST Kaiserslautern und holten die Ehrung nach. Dies hat „Sandy“ nun zum Anlass genom-

mütliche Beisammensein nachgeholt und die Ehrung ordentlich begangen bei fränkischem Bier und den berühmten Idar-Obersteinern Schwenksteaks. Später stießen im Wald noch der Leiter und der Stellvertreter seiner Heimatdienststelle PAST Kaiserslautern hinzu.

WH

Team Geschäftsstelle

Als weiteren Mitarbeiter der Geschäftsstelle dürfen wir euch hier den 35-jährigen Sebastian Welz vorstellen. Er hat direkt nach der Schule Industriemechaniker Betriebstechnik gelernt und sich dann umorientiert und ein duales Studium mit Ausbildung zum Werbekaufmann absolviert mit dem Abschluss staatlich geprüfter Marketing-Kommunikationswirt (IHK) nach dem Studium. Bei der GdP hat Sebastian im September 2018 als Praktikant angefangen und wurde dann Januar 2019 fest eingestellt. In der Hauptsache ist er für die gewerkschaftsinternen Seminare zuständig. ■



Foto: GdP/PP